

Persönliche Erklärung von Stadtrat Olaf Meister (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) in der Stadtratssitzung am 18.02.16 nach TOP 6.5 „Fortschreibung Schulentwicklungsplan allgemein bildende Schulen/Veränderung von Schulbezirken“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

es geht um die Redezeit. So kann man es nicht machen, wie es hier passiert ist. Ich hatte mich mehrfach gemeldet und kam nicht dran.

Wir hatten in der Vergangenheit Gelegenheit darüber zu diskutieren, wie das Urteil vom Verwaltungsgericht zu verstehen ist. Es hat klare Kriterien festgelegt. Da geht es um die Länge der Redezeit, wann muss man dem Stadtrat Rederecht geben, es geht um die Bedeutung der Angelegenheit und um die Frage, wie die Tagesordnung aussieht.

Das dürfte die Drucksache gewesen sein, die vermutlich, wenn man ein Ranking übers Jahr macht, Nummer 2 oder 3 von der Bedeutung her ist, da es ein starker Eingriff in die Lebenswirklichkeit der Menschen ist und ganz wesentliche Dinge, die wir als Stadtrat so tun.

Und wenn ich die Tagesordnung angucke, da haben wir heute acht Drucksachen. Es wäre jetzt kein Problem gewesen, noch einem Stadtrat 3 Minuten Redezeit einzuräumen. Das ist mehrfach trotz meiner Meldung nicht erfolgt. Ich stehe auf diversen Anträgen drauf und es ist insofern fraglich, ob die Berechnung der Redezeit so korrekt ist.

Am Ende kommt der OB noch einmal mit gänzlich neuen Sachen und es ist meiner Fraktion nicht mehr möglich darauf zu reagieren. Es erfolgen Zwischenrufe, was verständlicher Weise für Unruhe hier vorn sorgt.

Das hat mit einer Debatte zu so einem Thema, die man ordentlich führt, nichts zu tun. Das ist weit jenseits dessen, was das Kommunalverfassungsrecht uns vorschreibt. Wir müssen sehen, was wir daraus für eine Konsequenz ziehen. Was hier passiert ist, die Ablehnung meiner Wortmeldung, ist ein klarer Rechtsbruch. Das war rechtswidrig.

Es gilt das gesprochene Wort!

gez. Olaf Meister
Stadtrat